

Grundsicherung ausbauen



VON GEORG CREMER

Prof. Dr. Georg Cremer war bis zu seinem Ruhestand in diesem Jahr lange Zeit Generalsekretär und Vorstand Sozial- und Fachpolitik des Deutschen Caritasverbandes e. V. Der Volkswirt ist auch Dozent an der Abteilung für Wirtschaftspolitik und Ordnungstheorie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Buchautor. Zuletzt erschien sein Buch »Armut in Deutschland. Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln?« im C. H. Beck Verlag (vgl. SOZIALwirtschaft 2/2017).

www.caritas.de

Auf eine Grundsicherung für arme Menschen kann nicht verzichtet werden, deshalb sollte sie nicht diskreditiert, sondern weiterentwickelt werden.

Neben der Armutsrisikoquote gilt in der öffentlichen Debatte die Zahl der Empfänger von Hartz IV und der Grundsicherung im Alter als wichtiger Armutsindikator. Wer Transferleistungen bezieht, ist damit arm. Folglich gilt dann: Je höher diese Zahl, desto schiefer die soziale Lage des Landes.

Aber diese Gleichsetzung führt zu gedanklichen Fallstricken. Dies ist dies schon vor Jahrzehnten erkannt worden. Der indisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Amartya Sen hatte bereits in den 1980er Jahren vehement kritisiert, die Höhe der Grundsicherung als Armutsgrenze zu verwenden. Er sprach von der »Perversität« dieses Armutsmaßes: Hebt die Regierung, um Armut zu bekämpfen, die Grundsicherung an, so wächst zwangsläufig die Zahl ihrer Bezieher. Scheinbar wächst die Armut, obwohl sie doch besser bekämpft wird. Umgekehrt würde eine Senkung der Grundsicherung die Zahl der Bezieher verringern und damit zu dem Eindruck führen, die Armut sei gesunken, die Hilfe für Arme nehme also in ihrer Bedeutung ab.

Amartya Sen schrieb diese Kritik in den ersten Regierungsjahren von Margaret Thatcher. Wenn, so Amartya Sen, Frau Thatcher entschiede, die »supplementary benefits« zu senken, in der Meinung, Großbritannien könne sich diese nicht mehr leisten, so nimmt doch die Armut zu und nicht ab, auch wenn dann weniger Menschen unter der politischen definierten Armutsgrenze leben würden.

Nun mag man das für spitzfindig halten. Aber Fehlbewertungen, die aus fragwürdigen oder zumindest nicht ausreichend verstandenen Indikatoren folgen, sind auch in der deutschen Sozialstaatsdebatte politisch wirkmächtig. Das zeigt

sich beispielhaft an der Grundsicherung im Alter. Erinnern wir uns: Sie wurde 2003 von der Rot-Grünen Koalition eingeführt und hat die Hilfe für arme alte Menschen sehr verbessert. Denn der Rückgriff auf das Einkommen der Kinder, der bis dahin in der Sozialhilfe erfolgte, wurde faktisch aufgehoben (dieser erfolgt nur bei Kindern mit einem Einkommen über 100.000 Euro pro Jahr).

Sehr viele arme Alte hatten bis dahin keine ergänzende Sozialhilfe beantragt, um ihren Kindern nicht zur Last zu fallen. Es gab also in weit höherem Maße als heute verdeckte Armut. Nach 2003 stieg die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter deutlich an, die verdeckte Armut ging zurück. Doch genau dieser Anstieg wurde und wird den Politikern als Versagen des Sozialstaats um die Ohren gehauen. Da SPD und Bündnis 90/Die Grünen – erstaunlicherweise – diese sozialpolitische Errungenschaft nicht selbstbewusst verteidigen, konnte sich auch hier ein Narrativ des Niedergangs festsetzen.

Wenn wir armen Menschen zielgenau helfen wollen, dürfen wir existenzsichernde Transfersysteme nicht diskreditieren. Von zentraler Bedeutung ist die Höhe der Grundsicherung. Der Deutsche Caritasverband schlägt auf Grundlage seiner Berechnungen vor, den Regelbedarf für Hartz IV und die Grundsicherung im Alter um 60 bis 80 Euro pro Monat zu erhöhen. In der Konsequenz würden erheblich mehr Beschäftigte in Teilzeit oder mit Niedriglöhnen und Bezieher von Minirenten ergänzende Hilfe erhalten. Bei einer unreflektierten Verwendung der Zahl der Transferempfänger als Armutsindikator würden die sozialen Probleme dann scheinbar zunehmen. Es wäre aber falsch, dann aber wieder »Skandal!« zu rufen.

Für Politiker ist es extrem unattraktiv Hilfen auszubauen, wenn sie dann das Risiko tragen, mit geringer zeitlicher Verzögerung verbalen Angriffen ausgesetzt zu sein, die Armut habe in ihrer Regierungszeit zugenommen. Denn natürlich wäre eine Erhöhung der Hilfe ein sehr wichtiger Schritt dahin, dass die Grundsicherung Armut nicht nur bekämpft, sondern auch überwinden kann.

Die Zahl der Transferempfänger stiege auch, wenn wir erfolgreicher wären, verdeckte Armut zu bekämpfen. Verdeckt Arme haben einen Rechtsanspruch auf ergänzende Transferleistungen, aber sie beantragen diese nicht, sei es aus Scham oder Unwissenheit.

Die Fehlinformation, bei der Grundsicherung im Alter würden die Kinder in Regress genommen, ist weiterhin verbreitet. Auch hier ist der Gesetzgeber 2003 tätig geworden, indem er die Träger der Rentenversicherung und der Grundsicherung gesetzlich zur Beratung und Hilfe

oder nur eine gebrochene Berufsbiographie und damit große Lücken bei ihren Versicherungsbeiträgen aufweisen, sowie überproportional auch nicht abgesicherte Selbständige. Auch wer sein ganzes Berufsleben auf Mindestlohniveau arbeitet, wird ergänzende Grundsicherung benötigen, wenn er nicht mit einem besser gestellten Partner zusammenlebt oder auf andere Einkommen zurückgreifen kann.

Auch wird es nicht bei den heutigen drei Prozent Grundsicherungsbezieher bleiben, unter anderem, weil in nächster Zeit viele in Rente gehen werden, die in den langen Jahren hoher Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung nur eine durchbrochene Berufsbiographie hatten. Eine Prognose von Axel Börsch-Supan geht von einer Verdopplung bis 2030 aus, also von sechs Prozent.

Bei der – sozialpolitisch erwünschten – besseren Bekämpfung der verdeckten Armut dürfte der Anteil darüber liegen. Aber er erreichte auch dann nicht

Armen auch erreichen. Rentnern, die lange erwerbstätig waren, sollte man nicht die gesamte gesetzliche Rente auf die Grundsicherung anrechnen. Man nähme hier Anleihe an der vielgescholtenen Zuverdienstregelung bei Hartz IV. Dann hätte jeder, der über lange Zeit sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, im Alter mehr als der, der dies nur wenige Jahre oder nie tat. Dies würde gleichzeitig zur Sicherung der Akzeptanz der gesetzlichen Rente beitragen. Auch eine weitere Erhöhung der Vermögensfreigrenzen (ab 1. April 2017: 5.000 Euro) würde armen Alten helfen.

So wichtig es ist, vorgelagerte Sicherungssysteme zu stärken: Auf eine Grundsicherung, die Arme zielgerichtet unterstützt, können wir nicht verzichten. Also sollten wir sie nicht diskreditieren, sondern weiterentwickeln. ■

»Wer Armen helfen will, muss sich für Regelungen einsetzen, die die Armen auch erreichen«

bei der Antragstellung verpflichtet hat. Der Rentenversicherungsträger muss Personen mit einer Rente unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums zudem ein Antragsformular für die Gewährung der Grundsicherung zukommen lassen. Also auch hier ist der Sozialstaat nicht untätig geblieben. Dennoch dürfen wir uns nicht mit dem verbliebenen weiterhin hohen Ausmaß verdeckter Armut abfinden.

Eine latente oder gar offene Diskreditierung der Grundsicherung kann die Reformdebatte in die falsche Richtung lenken. Das zeigt sich bei der Rentendebatte im Vorfeld der Bundestagswahl 2017. Die Forderung, das sogenannte Rentenniveau (eigentlich eine Rentenquote) zu erhöhen, wird mit dem Verweis auf steigende Altersarmut begründet und damit der Eindruck erweckt, die geforderte Rentenerhöhung diene vorrangig den Armen.

Derzeit beziehen etwas über drei Prozent der Menschen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen. Häufig sind es Personen, die bereits im erwerbsfähigen Alter ein hohes Armutsrisiko hatten, da sie keine Ausbildung haben

das Niveau von Horrormeldungen, wie sie der Westdeutsche Rundfunk verbreitet hat, 2030 fiele jeder zweite Neurentner in die Altersarmut.

Was aber passiert, wenn man das Rentenniveau für alle anhebt? Die Bezieher guter Renten bekämen deutlich mehr, Menschen mit Minirenten bekämen nur kleine Zuschläge. Einige wenige würden über die Schwelle des soziokulturellen Existenzminimums gehoben. Aber die meisten der bisherigen Grundsicherungsempfänger wären auch weiterhin auf ergänzende Hilfe angewiesen. Sie erhielten genauso viel wie jetzt, weil ihnen bei der Berechnung der Grundsicherung genau der Mehrbetrag wieder abgezogen würde, den ihnen die Rentenerhöhung brächte. Natürlich ist es legitim, sich für ein höheres Rentenniveau einzusetzen (wie groß die Spielräume hierfür sind, kann hier nicht diskutiert werden). Aber man sollte eine Maßnahme, die vorrangig alten Menschen mit mittleren Einkommen nutzt, nicht mit dem Kampf gegen Altersarmut begründen.

Wer den Armen wirklich helfen will, muss sich für Regelungen einsetzen, die die



Aktiv werden – ehrenamtlich engagieren:

Erfüllen Sie Ihre Freizeit mit Sinn:
Schenken Sie hilfebedürftigen Menschen Ihre Zeit und Ihre Fähigkeiten, z.B. im

Auslandsdienst.

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf – wir beraten Sie gerne.

Weitere Infos unter:
www.malteser.de/aktiv-werden



Malteser
...weil Nähe zählt.